

Kommentar von Prof. Dr. Winand Gellner, September 2006

Kranke Politik. Die Gesundheitspolitik im Machtkampf der Großen Koalition

Der Versuch der Großen Koalition, durch eine umfassende gesundheitspolitische Reform einen immer wichtiger werdenden Politikbereich nachhaltig umzustrukturieren, ist gescheitert. Auch wenn man sich noch so sehr auf vereinbarte Eckpunkte herausredet, ist selbst laienhaften Beobachtern klar, dass die Große Koalition nicht wirklich handlungsfähig ist. Die Strategen im Koalitionspoker haben daher beschlossen, dieses Politikfeld nur noch unter dem Gesichtspunkt von Macht zu behandeln. Die Ministerpräsidenten der Union und ihre entsprechenden Gesundheitsminister haben realisiert, dass sie selbst in den Landtagswahlen ab 2008 von den Wählern für steigende Kosten durch die Reform verantwortlich gemacht werden würden. Ganz besonders aufgeregt ist die CSU, die ohnehin vor einer nicht leichten Aufgabe steht, wenn sie im Frühjahr 2008 mit einem faktisch nach wie vor angeschlagenen Ministerpräsidenten antreten und die magische 50-Prozent-Hürde nehmen muss. Insoweit bemüht man sich also, die Gesundheitsreform der Bundeskanzlerin und ihrer Gesundheitsministerin anzuhängen. Die Kanzlerin muss ihrerseits unter Beweis stellen, dass Sie nicht nur handlungsfähig ist, sondern darüber hinaus auch inhaltliche Ziele der Union umzusetzen vermag. Genau bei der Gesundheitspolitik ist dies aber wirklich überhaupt nicht erkennbar. Dazu bedurfte es nicht erst des vergleichsweise radikal ausgefallenen Referentenentwurfs, der sicherlich mit Wissen der Gesundheitsministerin lanciert worden war. Der vereinbarte Aufschub beim Reformtempo und die jetzt auf dem Tisch liegenden Vorlagen sind jedenfalls nach wie vor durch sozialdemokratische Handschrift geprägt. Dabei ist es gar nicht so wichtig, ob und wann es zu dem Gesundheitsfonds kommt. Entscheidend ist vielmehr, dass den Bürgern nach allen Regeln politischer Verführungskunst suggeriert wird, man könnte das bestehende Gesundheitssystem stabilisieren und den demografischen und medizinischen Bedingungen anpassen, ohne dass jeder Einzelne mehr bezahlen müsste. Das wie auch immer camouflierte Rezept einer Bürgerversicherung, in der alle nach ihren finanziellen Möglichkeiten einzahlen und dabei im Besonderen die schwächeren Einkommensschichten durch die stärkeren subventioniert werden, lässt sich immer gut verkaufen. Auch wenn es die Kanzlerin nicht zugibt, ist ihr Modell der Prämie insoweit gescheitert, als es ihr nicht gelungen ist, die Grundstruktur dieses Prinzips zu vermitteln. Es geht letztlich kein Weg daran vorbei, dass das Gesundheitssystem nur reformierbar ist, wenn den einzelnen Versicherten mehr Eigenverantwortlichkeit übertragen wird. Die Lebenslüge der Sozialpolitik, die auf Umverteilung setzt, besteht darin, dass letztlich ein egalitäres Menschenbild als Norm dargestellt wird. Menschen sind nicht gleich, Menschen gehen unterschiedliche Risiken ein, und wer höhere Risiken sucht, muss dafür auch mehr bezahlen. Immer vorausgesetzt, eine Grundversicherung ist für alle zwanghaft gegeben, spricht alles für ein Modell, das die persönliche Verantwortung für die Gesundheit unterstellt. Niemand wird behaupten, dass dadurch das Gesundheitswesen insgesamt billiger wird und dafür gibt es letztlich auch überhaupt keinen Grund. Es handelt sich um einen expandierenden Markt, der durchaus auch weiter steigen darf. Immer vorausgesetzt, dass die Menschen Gesundheit als ein – wenn nicht das wichtigste – Gut betrachten. Wenn man sich andere expandierende Märkte anschaut, wie die gesamte Wellness- und Urlaubsindustrie, wird man doch von den Einzelnen erwarten können, gelegentlich auch ein paar Euro mehr für die eigene Gesundheit zu bezahlen. Dass die Große Koalition nicht in der Lage ist, diesen trivialen Sachverhalt mit aller Überzeugungskraft gewissermaßen „an den Bürger“ gebracht zu haben, ist fatal. Und wenn nicht alles täuscht, dürfte Frau Merkel dieses Versagen persönlich angelastet werden. Die Ministerpräsidenten jedenfalls warten in der Kulissee, und auch die FDP sieht ihre Chancen auf eine erneute Regierungsbeteiligung wachsen. Allerdings nicht in der ursprünglichen Formation, sondern vieles deutet auf ein erneutes

Aufflackern einer alten Liebe hin: Schließlich ist Kurt Beck nicht ohne Grund Vorsitzender der SPD geworden und wurde Platzeck als Symbol einer Großen Koalition geopfert. Sollte sich die SPD auf ihrem niedrigen Niveau stabilisieren und die FDP weiter von der Schwäche der beiden großen Volksparteien profitieren, stände einer sozialliberalen Renaissance kaum etwas im Wege.

Prof. Dr. Winand Gellner